

Münchener Erklärung der Arbeitnehmer-Union (CSA)

Landesversammlung am 9. Dezember 2023

Die Aufgabe von Politik ist, Verantwortung zu übernehmen, Bedingungen zu gestalten und das Leben der Menschen zu verbessern. Dies gilt umso mehr in Zeiten von Unsicherheit. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die durch internationale Brandherde, wirtschaftliche Stagnation, die Energiekrise, Aufgaben in der Klimapolitik und demographische Herausforderung beschrieben werden.

Die Politik der Ampelkoalition findet keine Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Zeit, sondern versucht, die durch ihre eigene Politik verursachten Probleme durch Zuschüsse und Subventionen, also mit Geld zu lösen, das der Staat nicht hat. Das ist gefährlich für Stabilität und Zusammenhalt in unserem Land. Wir brauchen aber gerade Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Politik.

Das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik ist das niedrigste aller OECD-Staaten. Würde unsere Wirtschaft statt leicht zu schrumpfen, nur um etwa 1 % jährlich und damit ähnlich wie vergleichbare Staaten wachsen, so würde das allein rund 12 bis 14 Milliarden Mehreinnahmen für die öffentliche Hand bedeuten. Die Haushaltskrise der Ampelkoalition ist hausgemacht.

Wir brauchen eine Renaissance guter Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, damit dadurch Arbeitsplätze gesichert und Wohlstand erhalten werden können. Wir sind der politische Ansprechpartner für Arbeitnehmer und Betriebs- und Personalräte und wissen um den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und gut bezahlten Arbeitsplätzen. Der Gefahr einer schleichenden Deindustrialisierung unseres Landes mit spürbaren Konsequenzen für Wohlstand und Arbeitsplätze muss begegnet werden. Dazu muss das Heizungsgesetz überarbeitet werden. Auf europäischer Ebene muss das Verbrennerverbot revidiert werden. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik mit Anreizen zum Klimaschutz und mit Technologieoffenheit.

Zur Sicherung unseres Wohlstands brauchen wir auch künftig eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, mit Industrie, einem breiten Mittelstand und vor allem einer starken Arbeitnehmerschaft. Dafür braucht es den Abbau von Bürokratie, niedrigere Energiepreise, auch durch den Weiterbetrieb unserer Kernkraftwerke sowie den Neubau kleiner Kernkraftwerke ohne Endlager, niedriger Stromsteuern und eine Offensive für Beschäftigung.

„Wer arbeitet, muss mehr haben, als jemand der nicht arbeitet.“ Dieser Grundsatz muss Kern einer modernen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bleiben. Dass das Bürgergeld Menschen hilft,

die nicht aus eigener Kraft erwerbsfähig sein können, ist ebenso wenig wie die Höhe zu kritisieren, wenn sich diese am Existenzminimum orientiert. Entscheidend ist, dass wieder mehr Menschen in eine Beschäftigung gelangen und dass die Aufnahme von Arbeit nicht dazu führt, dass durch steigende Belastung von Steuern- und Sozialabgaben der zusätzliche Nutzen gering bleibt und es damit kaum einen Anreiz zur Übernahme von Arbeit gibt.

Wir brauchen eine Absenkung der sog. Transferentzugsraten, damit sich Arbeit wieder stärker lohnt. Das hilft auch um der demographischen Herausforderung am Arbeitsmarkt zu begegnen und stärkt das Gerechtigkeitsgefühl jener, die mit ihren Steuern und Sozialabgaben zur Leistungsfähigkeit beitragen. Etwa 100.000 Menschen mehr in Beschäftigung wäre ein Rückgang der Aufwendungen aus dem Bürgergeld von rund drei Milliarden Euro. Das Bürgergeld muss daher so reformiert werden, dass sich die Aufnahme von Arbeit wieder stärker lohnt.

Wir brauchen Anreize zur Aufnahme von Arbeit. Dazu gehören einerseits steuerliche Entlastung von Überstunden und Mehrarbeit. Andererseits muss sich der Grundsatz, dass sich Arbeit lohnt, stärker im Steuerrecht abbilden: Durch eine Erhöhung der Freibeträge und Absenkung des Tarifs bei der Einkommensteuer und Freibeträgen bei Sozialabgaben. Ein verminderter Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel wäre ein geeignetes Instrument, um Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten.

Wir brauchen eine Überarbeitung der Berechnung des Mindestlohns. Zuletzt ist das Bürgergeld stärker als der Mindestlohn gestiegen. Es ist zu prüfen, ob die Erhöhung des Mindestlohns nicht an den Medianlohn anknüpfen könnte. Wir fordern die Umsetzung der Empfehlung der Mindestlohnrichtlinie der EU: Die Höhe des Mindestlohns gesetzlich auf 60 Prozent des Medianlohns festzulegen.

Die Umsetzung der aktuellen Form der Krankenhausreform des Bundes führt zu einem kalten Strukturwandel im ländlichen Raum. Die bestmögliche gesundheitliche Versorgung darf aber keine Frage der Postleitzahl sein. Wir brauchen zum einen ein kurzfristiges Soforthilfeprogramm um die drohenden Insolvenzen der Krankenhäuser abzufangen und zum anderen müssen für die Umsetzung der notwendigen Strukturänderungen im Rahmen der Krankenhausreform zusätzliche finanzielle Mittel seitens der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden. Klar ist: Die verfassungsmäßig festgelegte Planungshoheit der Länder muss gewahrt bleiben.

Wir wollen den Fachkräftemangel in der Pflege entschieden bekämpfen, Pflegekräfte fördern und das Berufsbild Pflege attraktiver machen. Dazu gehören unter anderem eine leistungsgerechte Bezahlung, Karrierepfade und verlässliche Arbeitsbedingungen (z.B. über die Einführung von Springermodellen) sowie ausreichend Zeit für die Pflegebedürftigen.